



Tätigkeitsbericht 2017

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main, www.menschenrechte.de

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der IGFM,

die Arbeit der IGFM lässt sich in zwei Bereiche untergliedern:

- **Allgemeine Menschenrechtsarbeit**
Dazu gehören Petitionen, Flugblätter, Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Demonstrationen, also die Herstellung von Öffentlichkeit für die Opfer von Verfolgung.
- **Humanitäre Hilfe**
Dazu gehören Hilfstransporte, Entwicklungsprojekte, Unterstützung Bedürftiger, z. B. ehemaliger politischer Häftlinge.

Nahost

Die humanitäre Situation in der Autonomen Provinz Kurdistan im Nordirak ist äußerst prekär. Die Einwohnerzahl Kurdistans liegt bei etwa 5,5 Mill. Aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien und der Gräueltaten der Terrororganisation Islamischer Staat leben in Kurdistan nach Angaben des UNHCR zusätzlich über zwei Millionen Flüchtlinge. Bei den meisten handelt es sich um irakische Binnenflüchtlinge.

Wer nicht will, dass noch mehr Flüchtlinge den unsicheren Weg nach Europa wählen, der muss vor Ort helfen. Humanitäre Prob-



IGFM-Projekt Nähstube im Flüchtlingslager Esyan, Nordirak

leme werden nie dadurch gelöst, dass man ganze Völker evakuiert bzw. umsiedelt.

Schwerpunktgebiet der humanitären Hilfe war deshalb auch 2017 der Nordirak. Bis Ende November schickte die IGFM dank des besonderen Engagements der Arbeitsgruppe Wittlich mit Katrin

Bornmüller vier Lastzüge, zwei Rettungswagen und einen Kleintransporter für die Verteilung von Hilfsgütern in schwer zugänglichen Regionen nach Kurdistan.

Seit dem Überfall des IS auf Shingal im August 2014 ist die IGFM 25 Mal mit humanitären

Hilfstransporten und Hilfsaktionen im Nordirak gewesen! In dieser Zeit haben wir über 800 Rollstühle und andere Mobilitätshilfen an behinderte und versehrte Flüchtlinge verteilt und zwei

Nähstuben für traumatisierte Mädchen und Frauen eingerichtet. Zwei Ärztgruppen stellten im abgelaufenen Jahr in drei Einsät-



Ärzt Ehepaar Klopff und IGFM-Mitarbeiter Khalil al-Rasho in Kurdistan bei der Medikamentenausgabe

zen ihren Urlaub in den Dienst der guten Sache und halfen mit, eine Krankenstation im Shingalgebirge mit Medikamenten und medizinischen Geräten auszurüsten.

Ich danke herzlich Katrin Bornmüller und Sylvia Wähling, die mehrfach in den Flüchtlings-



IGFM-Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller
in der Krankenstation in Sinune, Provinz Shingal, Nordirak

lagern im Nordirak gewesen sind, und unserem Mitarbeiter Khalil Al Rasho, der jeden Hilfseinsatz, Transport und Ärzteneinsatz vor-

bereitet und begleitet.

Übrigens ist die IGFM mittlerweile als Hilfsorganisation in Kurdistan anerkannt und offiziell

grund willkürlicher Verhaftungen fast gefährlicher, in die Türkei zu reisen als in das Kriegsgebiet Irak. Es ist absurd.

registriert, was unser Arbeiten dort sehr erleichtert.

Wir verfolgen weiterhin mit Sorge die Entwicklung in der Türkei. Bei der vorigen Jahrestagung hatten wir mit Can Dündar einen prominenten Zeugen zu Gast. Seitdem ist die Situation nicht besser geworden. Mittlerweile ist es auf-

Grußwort von Pfarrer Dr. Gottfried Martens

Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Dreieinigkeits-Gemeinde in Berlin-Steglitz

Über den fehlenden Schutz für christliche Asylbewerber

Als ich vor zwei Jahren über die Lage der Asylbewerber in den Heimen unseres Landes berichtete, ging ich davon aus, dass die Bedrohung unserer Glaubensgeschwister durch radikale Muslime das größte Problem sei, mit dem sie hier in Deutschland konfrontiert sind.

Und in der Tat, diese Bedrohung ist auch weiterhin ein Problem, weil sich bis zum heutigen Tag die politisch Verantwortlichen weigern, tatsächlich ernsthafte Maßnahmen zum Schutze religiöser Minderheiten in den Asylbewerberheimen zu ergreifen. Ich sprach vor einigen Tagen mit einem Gemeindeglied aus Brandenburg, das im vergangenen Jahr von einem Muslim krankenhauser-

geschlagen worden war und dabei seine Vorderzähne verloren hatte, die ihm natürlich bis heute nicht ersetzt wurden. Der Muslim hatte bei seinem Angriff gerufen: „Das Blut der Christen ist halal“; einen Christen zu töten ist keine Sünde, sondern von Allah erlaubt.

Ich hatte in der Folgezeit alles versucht, diesen Christen in einem weiter entfernten Heim unterzubringen, doch die Behörden haben sich bis heute geweigert, unserem Gemeindeglied ein neues Heim zur Verfügung zu stellen. Der Angreifer wurde in ein Heim wenige Kilometer entfernt verlegt. Er bedroht den Christen bis heute, so das dieser sich heute bei Freunden verstecken

muss und bis zum heutigen Tag keinen Sprachkurs besuchen kann, weil der Angreifer dieselbe Schule besucht, die er besuchen müsste. Das ist die Realität in Deutschland. Wir haben den Schutz christlicher Asylbewerber weithin verloren.

Ich hatte vor zwei Jahren gedacht, dass die Bedrohung durch radikale Muslime das größte Problem sei, mit dem sie hier in Deutschland konfrontiert sind. Doch ich habe mich geirrt. Viel gewichtiger und gefährlicher als die Bedrohung durch die radikalen Muslime ist mittlerweile die Bedrohung, die unsere Glaubensgeschwister von Seiten der deutschen Behörden erfahren.

Bald nach meinem Vortrag vor zwei Jahren fing das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge an, die Zahl der Anhörer und Entscheider massiv zu erhöhen. Dass dies grundsätzlich

Türkei enteignet christliche Klöster und Kirchen

Die Menge der Schreckensnachrichten aus der Türkei ist offensichtlich so groß, dass diese Meldung in der Medienwelt weitgehend unterging.

Ende Juni 2017 erfuhren wir von unseren aramäischen Freunden aus der Türkei, dass der türkische Staat über 50 frühchristliche Kirchen und Klöster in Südostanatolien (im „Tur Abdin“) beschlagnahmen will. Diese wurden zuerst der Staatskasse übertragen. Dann wurden sie in den Besitz der sunnitischen türkischen Religionsbehörde Diyanet überführt. Danach wurden sie wieder der Staatskasse rückübergeben.



Krmanj Othman, Menschenrechtsbeauftragter der kurdischen Regionalregierung, zu Gast bei der IGFM

Betroffen ist auch das berühmte Kloster Mor Gabriel in der Nähe der Stadt Midyat, das seit 397 n. Chr. ununterbrochen besteht und syrisch-orthodoxer Bischofssitz ist.

Gleichfalls von Enteignung bedroht sind die Klöster Mor Abraham, Mor Augin, Mor Yacoub und Zafaran. Alle diese Klöster haben wir zuletzt 2014 mit einer IGFM-Delegation besucht.

nötig war, ist unbestritten. Doch die neuen Entscheider wurden offensichtlich unzulänglich auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Die Entscheider hatten keine Ahnung von der Problematik der Konversion ehemaliger muslimischer Flüchtlinge, und in vielen Fällen auch keine Ahnung vom christlichen Glauben überhaupt.

Dazu kam, dass mit der massiven Aufstockung der Anhörer die Zahl der Dolmetscher vervielfacht wurde. Ein Großteil dieser Dolmetscher war mit seiner Aufgabe völlig überfordert und hatte beispielsweise keine Ahnung von christlichem Vokabular. Nicht wenige der Dolmetscher waren auch radikale Muslime, die mitunter bewusst falsch übersetzten oder während der Übersetzung die christlichen Asylbewerber offen bedrohten oder ihnen falsche Anweisungen gaben.

Von Seiten der Politik erwarte ich inzwischen keine Hilfe mehr. Christliche Asylbewerber haben hier in Deutschland keinerlei Lobby, sondern sitzen zwischen allen Stühlen. Wenn wir allmählich die Hoffnung aufgeben, dass unseren Glaubensgeschwistern, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind, noch von irgendeiner Seite geholfen werden kann, richte ich doch noch einmal einen verzweiferten Hilferuf an Sie:

Unternehmen Sie, was Sie können, um dem himmelschreienden Unrecht, das mittlerweile tausenden Asylbewerbern in ganz Deutschland zugefügt wird, zu wehren.

Es darf nicht sein, dass es mittlerweile sehr viel einfacher für Salafisten ist, hier in Deutschland einen Aufenthalt zu bekommen, als für treue enteignete Christen.

Wir haben keinerlei Interesse daran, Menschen, die nur um ihres Aufenthalts willen konvertieren wollen, bei ihren Trickereien zu helfen. Wir halten gründliche Taufunterrichte, mit einer Taufprüfung am Ende, bei der am Ende auch noch einmal mehr als 25 % durchfallen. Nur etwa ein Drittel derer, die sich anfangs bei uns zum Taufunterricht melden, wird am Ende auch getauft. Und die, die getauft sind, bleiben zum allergrößten Teil auch anschließend dabei, auch nach ihrer positiven Anerkennung.

Doch von alledem wollen die Verantwortlichen nichts wissen. Sie haben sich daran gemacht, in großem Stil wieder die aus dem Lande zu befördern, die keinerlei Probleme mit unserer freiheitlichen Rechtsordnung haben und nur dankbar dafür sind, ihren Glauben endlich hier in Freiheit praktizieren zu können.

Flüchtlinge in Deutschland

Wir beobachten mit Sorge, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Anträge von iranischen und afghanischen Asylbewerbern, die vom Islam

zum Christentum konvertiert sind, als unbegründet ablehnt und den Antragstellern nahelegt, in ihren Heimatländern doch wieder zum Islam zurückzukehren.

Wir gehen außerdem Be-

schwerden nach, wonach muslimische Übersetzer sich bei christlichen oder jesidischen Antragstellern weigern, bestimmte Inhalte zu übersetzen bzw. mangels Sachkenntnis oder bewusst falsch übersetzen.

Omid Nouripour MdB

Außenpolitischer Sprecher von „Bündnis 90 / Die Grünen“ im Deutschen Bundestag

Grußwort zur IGFM-Jahrestagung 2018 in Bonn

Ich grüße herzlich die 46. Jahres- und Mitgliederversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.

Sie sind eine Gesellschaft, die seit Jahrzehnten eine herausragende Arbeit macht für die Rechte von schutzbedürftigen Menschen. Eine Arbeit, die nicht nur als Lobbyarbeit wichtig ist, um die Politik zu erinnern, dass die Menschenrechte nicht verhandelbar sind, sondern die auch mit Ihrer Kompetenz dazu führt, dass wir im Deutschen Bundestag sehr viel davon haben, von Ihrer Arbeit, weil wir sehr viele Erkenntnisse bekommen, die wir sonst vielleicht nicht bekommen würden. Herzlichen Dank für diese Arbeit. Ich wünsche der Gesellschaft, dass sie diese Arbeit auf diesem Niveau fortsetzen kann und weiterhin der Politik hilft, aber vor allem weiterhin eine Anwaltschaft ausübt für die zentrale Frage der Menschenrechte.

Ich weiß, dass Sie sich in diesem Jahr mit der Frage der Menschenrechte in den islamischen Ländern beschäftigen. Es gibt so viel, über das man sprechen kann. Über die Situation der Migranten in Libyen, über die Menschenrechtslage in den Konfliktstaaten Jemen oder

Syrien, über die Frage, wie es weitergeht in Saudi-Arabien.

Ich weiß auch, dass Sie sich schon seit Jahren beschäftigen mit der Menschenrechtslage im Iran und mit Ägypten. Zwei Staaten, die ambivalente Beziehungen zum Westen unterhalten.

Im Fall Iran geht es um den Erhalt des Atomabkommens, was ganz wichtig ist, weil ein Fehlen dieses Abkommens und ein Aufkündigen dieses Abkommens tatsächlich dazu führen würde, dass die Inspektionen ausgesetzt werden. Das wäre der schnellste Weg Irans zur Herstellung waffenfähigen Plutoniums. Das heißt aber trotzdem nicht, dass wir aufhören dürfen, die Menschenrechtssituation im Land anzusprechen. Die Zahl der Hinrichtungen ist immens, die Blogger werden verfolgt. Zentral ist auch die Frage der Frauenrechte, die man nicht vergessen darf.

Im Falle von Ägypten ist es teilweise noch komplizierter, wenn man auf den Westen schaut. Es gibt zahlreiche Besuche von Staatsfrauen und -Männern aus dem Westen, auch aus Europa, in Ägypten, die das Land als eine „Oase der Stabilität“ bezeichnen, was nachweislich falsch ist, weil die

soziale Frage, mit der die Revolution 2011 begonnen hat, lange nicht gelöst ist, und die Frage der persönlichen Freiheiten und Rechte natürlich erst recht eine Rolle spielt unter dem Präsidenten al-Sisi, der gerade eine Farce als Wahl hat abhalten lassen und diese Rechte weiterhin mit Füßen tritt.

Auch die Frage der religiösen Minderheiten ist eine, die in diesen beiden Staaten eine zentrale Rolle spielt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Sie sich damit beschäftigen, dass Sie weiterhin eine laute Stimme sind – für eine Menschenrechtspolitik auch diesen Staaten gegenüber. Es ist wichtig, dass man im Dialog ist, auch mit komplizierten Staaten. Es ist wichtig, dass man die möglichen Kooperationsfelder sondiert und auch versucht, miteinander zu arbeiten. Aber das ist keine Entschuldigung, um Rabatte zu geben auf Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind.

Herzlichen Dank für Ihre Arbeit. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche und herausragende Tagung. Und hoffe weiterhin, in Kontakt zu stehen mit Ihrer Gesellschaft und weiterhin so viel zu lernen von ihrer hervorragenden Arbeit.

Herzlichen Dank.

China

Bisweilen führen gravierende Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten zu innenpolitischen Merkwürdigkeiten bei uns. So hat der Stadtrat von Trier im März 2017 beschlossen, eine von der „Volksrepublik“ China geschenkte übergroße Marx-Statue anzunehmen und in der Stadt aufzustellen.

In einem Schreiben an die Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und FDP im Stadtrat von Trier haben wir diese Entscheidung deutlich kritisiert. Ich zitiere aus unserem Schreiben:

Der Stadtrat von Trier hat entschieden, eine von der „Volksrepublik“ China geschenkte Statue von Karl Marx anzunehmen.

Das Sprichwort sagt: „Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul.“ In diesem Fall hätte Trier eine Ausnahme machen sollen! Was sehen wir, wenn wir China „ins Maul“ schauen?

Wir sehen fortgesetzte gravierende Menschenrechtsverletzungen:

- *Die Inhaftierungen von Dissidenten, Menschenrechts-Anwälten, Journalisten und Bloggern, verbunden mit der Verfolgung von deren Angehörigen und Freunden.*

- *Die Verurteilung dieser Menschen in Gerichtsprozessen, die jenseits von Recht und Gerechtigkeit geführt werden.*

- *Die Inhaftierung dieser Menschen unter unwürdigen Bedingungen und zum Teil in Straf-arbeitslagern, die nicht einmal die zuständigen UN-Rapporteure inspizieren dürfen.*



Joseph Kardinal Zen, emeritierter Bischof von Hongkong, bei der IGFM-Presskonferenz zur Missachtung der Religionsfreiheit in China

- *Die trotz internationaler Proteste bisher nicht erfolgte Freilassung aller politischen Gefangenen.*

- *Die weiter zunehmende Verfolgung und Unterdrückung der Uighuren und Tibeter bis hin zur Zerstörung von deren Lebensgrundlagen, Sprache, Kultur und Religion sowie extrem erschwelter Arbeitsplatzsuche.*

- *Die Einschränkung der Religionsfreiheit, von der insbesondere die Christen und die Muslime betroffen sind.*

- *Die weiterhin maßlose Verfolgung der Falun Gong.*

- *Die unmenschliche Beschaffung von Organen für Transplantationen und die Geheimhaltung der Zahl der Todesurteile, der Hinrichtungen und der Organ-Transplantationen.*

Es ist eine Frage der Würde und des Anstandes, zu diesen Verbrechen nicht zu schweigen. Die Annahme eines in propagandistischer Absicht erfolgten Geschenks dieser Diktatur ist mehr als peinlich!

Der Südwestrundfunk u. a. haben unsere Stellungnahme veröffentlicht. Wir bleiben an dem Thema dran.

Unsere China-Experten Man Yan Ng, Hubert Körper und Peter Müller halten den Kontakt zu Abgeordneten des Bundestages, die sich für die Menschenrechte in China engagieren. Unsere Arbeitsgruppe München dokumentiert seit vielen Jahren die Menschenrechtsverletzungen in Tibet.

Östliche Partnerschaft und Russland (ÖPR)

Dazu gehören in der Terminologie der EU und des Auswärtigen Amtes die Länder Ukraine, Moldau, Weißrussland, Armenien, Georgien, Aserbaidschan und Russland.

Mit inzwischen drei Projekten – 2015, 2016 und 2017 – haben wir einen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft in diesen Staaten geleistet. Mit Hilfe un-



ISHR-Präsident Prof. Dr. Thomas Schirmmacher

serer dortigen Sektionen haben wir junge Multiplikatoren zu gemeinsamem Tun eingeladen. Ziel war die Motivierung der Jugend der Länder der ÖP zur gesellschaftspolitischen Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte. Außerdem fördern wir den Ausbau der Multiplikatorenfunktion von Menschenrechtsaktivisten.

Als eines der wichtigsten Instrumente wurde eine interaktive Webseite von Menschenrechtsaktivisten aus allen 7 Ländern entwickelt, die jetzt als gemeinsame Plattform genutzt wird.

Sie finden sie unter www.humanrights-online.org



ÖPR-Seminar in Tiflis (Georgien)

Diese gewährt den östlichen IGFM-Sektionen einen gewissen Schutz innerhalb der Gemeinschaft. So wäre für die Sektionen in Russland, Weißrussland oder Aserbaidschan eine eigene Menschenrechts-Webseite zu gefährlich. Es gilt immer zu berücksichtigen, dass die Mitglieder und Teilnehmer mit ihren Familien in diesen Ländern leben und arbeiten müssen. Innerhalb der ÖPR-Gemeinschaft und mit einer

überregionalen Menschenrechts-Webseite vermindert sich diese Gefahr etwas.

Mit den Teilnehmern dieses umfangreichen Programms wurden 2017 internationale Seminare in Bonn, Kiew und Tiflis durchgeführt.

Erleichtert wurden diese Projekte durch die Tatsache, dass wir seit einem Vierteljahrhundert in allen genannten Ländern mit eigenen IGFM-Sektionen vertre-

ten sind. Das hat außer uns kaum eine Organisation zu bieten. Wohl auch deshalb wurden alle drei Projekte dankenswerterweise vom Auswärtigen Amt finanziert.

Dr. Carmen Krusch gebührt ein großer Dank für die umfangreichen Arbeiten bei der Vorbereitung und Durchführung. Unterstützt wurde sie dabei u. a. von Maya Robinson, Karl Hafen und Heinz Ernst.

Osteuropa

Von Anfang an – also seit 1972 - waren Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir haben in Osteuropa seit vielen Jahren IGFM-Sektionen in folgenden Ländern:

Albanien, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien und Rumänien. Hinzu kommen die bereits erwähnten Sektionen Russland, Weißrussland, Ukraine, Moldawien, Armenien, Georgien und Aserbaidschan.

Außerdem verfügen wir über Arbeitsgruppen in Montenegro,



Teilnehmer der IGFM-Jahrestagung 2018 in Bonn

Slowakei, Estland, Bosnien-Herzegowina und Kosovo.

Ich nehme als Beispiel die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen heraus. Mit ihnen

fühlen wir uns besonders verbunden, was auch damit zusammen hängt, dass die Arbeitsgruppe Wittlich mit Katrin Bornmüller seit über einem Vierteljahrhundert Hilfstransporte dorthin fährt.

Die drei baltischen Staaten blicken auf eine leidvolle Geschichte zurück: Sie waren von 1944 – 1991 sowjetisch besetzt. Mit dem verhängnisvollen Hitler-Stalin-Pakt mit dem Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 wurden die baltischen Staaten der Sowjetunion ausgeliefert. Sie reagieren deshalb heute besonders empfindlich auf die aggressive Außenpolitik Russlands.

Zur Unterstützung und als Zeichen der Solidarität haben wir 2017 Estland und in den beiden Vorjahren Lettland und Litauen besucht. Wir haben dort mit Politikern, Journalisten, Kirchenvertretern und Menschenrechtsorganisationen gesprochen. Diese Begegnungsprogramme wurden dankenswerterweise vom Bundesinnenministerium finanziert.

In diesem Zusammenhang danken wir auch der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die 2017 ein Förderprogramm „Der Kommunismus im 20. Jahrhundert“ ausgeschrieben hatte. Wir konnten deshalb im Oktober 2017 in Frankfurt ein sehr bewegendes Zeitzeugengespräch „100 Jahre Oktoberrevolution / 100 Jahre Kommunismus“ durchführen. Viele von Ihnen



Dank an Mart-Olav Niklus

IGFM-Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller und IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm überreichten bei einem Besuch in der estnischen Hauptstadt Tallinn eine Dankurkunde an Mart-Olav Niklus in Anerkennung seines großen Einsatzes für die Freiheit und Unabhängigkeit Estlands und seines langjährigen Kampfes für die Menschenrechte.

Mart-Olav Niklus war von 1959 bis 1966 und von 1981 bis 1988 politischer Häftling in der damaligen Sowjetunion. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit Estlands im Jahre 1991 war er von 1992 bis 1995 Abgeordneter des estnischen Parlaments. Die IGFM hatte sich in den 1980er Jahren wiederholt für ihn eingesetzt und seine Freilassung gefordert.

haben daran teilgenommen. Die Zeitzeugenberichte betrafen die kommunistische Gewaltherrschaft in der ehemaligen Sowjetunion, in der untergegangenen DDR und in China.

Das Schwarzbuch des Kommunismus – erschienen in erster

Auflage 1997 in Frankreich zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution – listet bis dahin 100 Millionen Opfer des Kommunismus auf, darunter 20 Millionen in der Sowjetunion, 65 Millionen in China sowie je 2 Millionen in Nordkorea und Kambodscha. Trotzdem ist die rückblickende

Verklärung und Verharmlosung dieser totalitären Ideologie weit verbreitet.

Referenten waren Mart-Olav Niklus aus Estland, Prof. Huige Li aus China sowie Siegmар Faust und Alexander Bauersfeld aus der ehemaligen DDR. Drei dieser vier Referenten waren politische Häftlinge (in der Sowjetunion und der DDR).



Siegmar Faust, ehemaliger politischer Häftling in der DDR, bei der Veranstaltung 100 Jahre Oktoberrevolution - 100 Jahre Kommunismus

Zusammenfassend:

Wir stützen mit unserer Arbeit die Zivilgesellschaft in Osteuropa und den GUS-Staaten. Wir leisten hier einen Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit und zur Demokratieförderung.

Aber wir helfen auch in humanitärer Hinsicht:

Die Arbeitsgruppe Wittlich hat in den vergangenen 2 ½ Jahrzehnten nicht nur das Baltikum unterstützt, sondern auch Hilfstransporte nach Rumänien, Kroatien, Albanien und Bosnien-Herzegowina organisiert. 2017 gingen aus Wittlich 11 Hilfstransporte nach Osteuropa. Die Arbeitsgruppe Fulda mit Gunter Goebel und die Arbeitsgruppe Frankfurt Bergen Enkheim mit Karin Müller-Kinet sind ebenfalls schon sehr lange in Rumänien engagiert.

Stasi

Spielt dieses Thema fast 28 Jahre nach der Wiedervereinigung für uns noch eine Rolle? Sie würden sich wundern. Für Erich Mielke war die IGFM bekanntlich



Diyar Haji, Leiter des Flüchtlingslagers Esyan in Kurdistan

„Staatsfeind Nr. 1“.

Die Stasi hat partiell im Internet überlebt. Wir erleben gelegentlich, dass jüngere Menschen im Internet auf alte Desinformationsdokumente der Stasi über die IGFM stoßen und uns dann ernsthaft fragen, ob das denn stimme, was sie dort lesen. Es gibt auch einige sehr treue Feinde, die schon dafür sorgen, dass der alte Stasi-Kram nicht aus dem Internet verschwindet.

Im Sommer 2017 meldete sich sogar ein ehemaliger Polit-

offizier der DDR-Grenztruppen über seinen Anwalt bei uns mit der Forderung, seinen Namen nicht zu nennen.

Es gibt aber auch Positives: Fabian Schwarz, ein junger Geschichtslehrer aus Siegen, hat seine Staatsarbeit über das Thema

„Die Bekämpfung der IGFM durch die DDR-Staatssicherheit“

geschrieben. Eine hervorragende Arbeit. Wir haben ihm gerne unsere Archive geöffnet, die für einen Historiker höchst interessant sind. Er hat seine Arbeit im Rahmen unserer Tagung „100 Jahre Oktoberrevolution / 100 Jahre Kommunismus“ vorgestellt.

Ich zitiere seine Einleitungssätze:

„Ein Toter an einer hessischen Raststätte; ein Journalist, der seine Verlobte an den Geheimdienst verrät; gefälschte Briefe an den Bundeskanzler; eine Mutter, die



Verteilung von Unterrichtsmaterial im Nordirak

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01 • BIC: BFSW DE 33MNZ



Internationale Gäste bei der IGFM-Jahrestagung aus Kosovo, Albanien, Irak und Ukraine

für ihre Kinder in Hungerstreik tritt; eine Todesanzeige von jemandem, der nicht gestorben war.

Was hier erscheinen mag wie die Zutaten eines Sonntagabend-Krimis, entstammt nicht der ausschweifenden Phantasie eines Drehbuchautors, sondern ist dramatische Realität deutscher Geschichte.“

Den spannenden Rest können Sie nachlesen, sobald die Arbeit veröffentlicht wird.

Venezuela

Dort bricht gerade der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zusammen.

Zusammen mit unserer venezolanischen Partnerorganisation FUNDEPRO (Fundación para el Debido Proceso - Stiftung für ordnungsgemäße Gerichtsverfahren) haben wir darauf hingewiesen, dass die Zahl der politischen Häftlinge in Venezuela seit Januar 2017 von 114 auf über 600 im

September 2017 gestiegen ist. Die Zahl der willkürlichen Kurzzeitverhaftungen in dieser Zeit beläuft sich sogar auf über 5.000 Personen.

Die meisten Inhaftierungen erfolgten während der Proteste gegen das diktatorische Regime von Präsident Maduro in den Monaten April bis August 2017. 170 Personen verloren während dieser Proteste ihr Leben.

Die politischen Gefangenen befinden sich – zumeist ohne Gerichtsurteil - im Gefängnis des Geheimdienstes SEBIN (Servicio Bolivariano de Inteligencia Nacional) „El Helicoide“ in Caracas sowie in dem ebenso berüchtigten Gefängnis in Ramo Verde im Bundesstaat Miranda. Familienangehörige berichten immer wieder von menschenunwürdiger Behandlung und Folter. Der Zugang zu unabhängigen Rechtsanwälten wird verweigert.

Wir haben deshalb die Verleihung des Sacharow-Preises für Meinungsfreiheit durch das Europäische Parlament an die demo-

kratische Opposition in Venezuela im Oktober 2017 mit Freude begrüßt. Öffentlichkeit hilft! Dieser Preis lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf das diktatorische Regime in Venezuela.

Kuba

Auch im Falle Kubas kommen wir weiterhin unserer Chronistenpflicht nach. Kuba war unter Fidel Castro das Land der politischen Langzeithäftlinge. Bürgerrechtler wurden für die Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung häufig zu 20 oder 25 Jahren Haft verurteilt. Der Vorsitzende unserer kubanischen Sektion Dr. René Gómez saß deswegen selbst jahrelang im Gefängnis.

Die Strategie der kommunistischen Partei Kubas hat sich inzwischen geändert. Statt einer Langzeithaft gibt es jetzt viele Kurzzeitverhaftungen. Manchmal nur ein paar Tage, manchmal einige Monate. Dann wird der Oppositionelle wieder entlassen – bis zum nächsten Mal.

Wahrscheinlich glaubt das Regime, das würde weniger auffallen. Wer regt sich im Ausland schon auf, wenn in Kuba jemand zu Unrecht für ein paar Wochen im Gefängnis sitzt? Aber wir weisen auch auf solche Fälle hin – zusammen mit uns befreundeten

Organisationen in Kuba, darunter die „Damen in Weiß“.

Begleitet werden diese Kurzzeitverhaftungen, die man ja nur als Zermürbungstaktik bezeichnen kann, von den sogenannten „Actos de Repudio“, den Aktionen der Verstoßung.

Wikipedia definiert diese wie folgt:

Als Acto de Repudio wird in Kuba eine von der Regierung koordinierte Form der politischen Demonstration bezeichnet, die sich gegen Regierungskritiker richtet. Es handelt sich um inszenierte Maßnahmen zur Einschüchterung und Demütigung, bei denen sich eine größere Zahl Anhänger und Vertreter der Regierung in Zivilkleidung an einem öffentlichen Ort versammelt, um einzelne Mitbürger lautstark zu beschimpfen, am Betreten oder Verlassen ihrer belagerten Wohnung zu hindern oder auch tätlich anzugreifen.



IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm während der Jahrestagung 2018 in Bonn

Gefangene des Monats 2017

Monat	Name	Land	Stand
Januar 2017	Li Heping	VR China	Seit 10.07.2017 in Haft
Februar 2017	Pater Thomas Uzhunnalil	Jemen	Seit September 2017 frei
März 2017	Mukhtar Masih	Pakistan	Seit Mai 2017 frei, am 2.11. verstorben
April 2017	Anoushe Reza-baksh	Iran	Seit 20.2.2017 in Haft
Mai 2017	Ogbamichael Teklehaimonot	Eritrea	Seit 9.1.2005 in Haft
Juni 2017	Basuki Tjahaja Purnama	Indonesien	Haftzeit unbekannt
Juli 2017	Mohammed Roghangir und Massoud Rezai	Iran	Seit 12.10.2012 in Haft
August 2017	Ashfaq Masih	Pakistan	Seit 15. 7.2017 in Haft
September 2017	Bakhrom Kholmatov	Tadschikistan	Seit 10.4.2017 in Haft
Oktober 2017	Pastor Andrew Brunson	Türkei	Seit 7.10.2016 in Haft
November 2017	Pfarrer Fei Jisheng	VR China	Seit 18.10.2016 in Haft
Dezember 2017	Surush Sarale und Eskandar Rezale	Iran	Seit Juli 2017 in Haft

Religionsfreiheit und Christenverfolgung

Hierbei handelt es sich inzwischen um ein vorrangiges Arbeitsgebiet der IGFM. Das ist die Folge der zunehmenden Verfolgung religiöser Minderheiten zumeist in muslimischen Staaten.

Wir verfügen über hervorragende Fachleute zu diesen Themen: Heinz Ernst leitet den entsprechenden Arbeitsausschuss. Michaela Koller und Karl Hafen erstellen regelmäßig den Newsletter „Verfolgte Christen aktuell“. Prof. Dr. Thomas Schirmmacher und Max Klingberg geben das Jahrbuch „Religionsfreiheit“ mit 200 Seiten und das Jahrbuch „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“ mit 400 Seiten heraus.

Seit 15 Jahren ruft die IGFM einzusetzen. zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur IDEA den Gefangenen des Monats aus und bittet die Leser, sich für ihn

Schwerpunktländer sind u. a. Pakistan, Nigeria, Ägypten und der Iran.



Rechtsanwältin Aneeqa Anthony, Pakistan, Vorsitzende der Partnerorganisation VOICE, mit betreuten Kindern

In Pakistan arbeiten wir seit Jahren mit unseren Partnerorganisationen Voice und Claas zusammen. Dort kommt es immer wieder zur Verfolgung und Diskriminierung von Christen auf Grundlage der unseligen Blasphemie-Paragraphen des Strafgesetzbuches. Namentlich setzen wir uns weiterhin für Asia Bibi ein, die mit fadenscheinigen Begründungen im Gefängnis sitzt und zum Tode verurteilt wurde.

Prof. Dr. Thomas Schirmmacher, Michaela Koller und Carmen Jondral Schuler haben auch im Berichtsjahr engen Kontakt mit Voice und ihrer Vorsitzenden Rechtsanwältin Aneeqa Anthony gehalten. Wir haben immer wieder erinnert an die Gräueltaten von Boko Haram im Norden Nigerias und die Benachteiligung der koptischen Christen in Ägypten. Im Iran setzen wir uns namentlich u. a. für Pastor Nadarkhani ein, dem erneut eine lange Haftstrafe droht.

Nigeria ist seit den 1990er Jahren Schwerpunktland der IGFM in Westafrika. Eine unserer Partnerorganisationen ist die kirchliche Kommission für Frieden und Gerechtigkeit.

Sie bat uns um Unterstützung zur Ausbildung von „Friedensagenten“, die den Dialog auf lokaler Ebene zwischen muslimischen und christlichen jungen Erwachsenen anstoßen, damit



Der Vorstand der IGFM:
v.l.n.r. Peter Schmitt, Martin Lessenthin, Carmen Jondral-Schuler, Edgar Lamm, Prof. Dr. Thomas Schirmmacher, Katrin Bornmüller, Heinz Ernst, Man-Yan Ng, Hubert Körper.
Es fehlen Gunter Goebel und Karl Hafen

Impressum

Tätigkeitsbericht der IGFM für das Jahr 2017
Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Redaktion: Edgar Lamm
Anschrift: IGFM • Borsigallee 9 • D-60388 Frankfurt am Main
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33 • e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Boko Haram und anderen radikalen Gruppen die Anhängerschaft entzogen wird. Sie sollen als Multiplikatoren und Streitschlichter eingesetzt werden. Die IGFM fördert die Ausbildung für 10 Einsatzorte in der Stadt Jos und angrenzenden Gemeinden.

Die IGFM unterstützt weiterhin das "Women Faith Center" in Jos, Nigeria, das etwa 200 weibliche Flüchtlinge mit ihren Kindern aufgenommen hat und versorgt.

IGFM-Mitarbeiter Dr. Emmanuel Ogbunwezeh hält den Kontakt zu beiden Partnerorganisationen.

Einige unserer regionalen Arbeitsgruppen - darunter Karlsruhe, Hamburg und Villingen Schwenningen - haben als Schwerpunkt ebenfalls die Religionsfreiheit und Christenverfolgung gewählt. Ich nenne als Beispiel die AG Hamburg, die seit Jahren zum Tag der Menschenrechte eine Lichterkette in der Hamburger Innenstadt organisiert. Inzwischen eine Institution, so dass trotz der kalten Jahreszeit immer mehrere 100 Menschen teilnehmen.

Ich danke allen, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben!

Edgar Lamm

Vorsitzender
Internationale Gesellschaft
für Menschenrechte (IGFM)
Deutsche Sektion e. V.

Borsigallee 9
60388 Frankfurt am Main

Tel. 069 / 420108-0
Fax 069 / 420108-33

www.igfm.de

Einnahmen- / Ausgabenrechnung

für das Rechnungsjahr 2017 vom 1.1. bis 31.12.2017

A. Einnahmen			
1.	Spenden	1.073.152,16	€
2.	Sachspenden	0,00	€
3.	Mitgliedsbeiträge	34.011,21	€
4.	Verkauf	0,00	€
5.1	Zweckgebundene Zuschüsse	82.430,70	€
5.2	BFD-Zuschüsse	16.772,68	€
6.	Bußgelder	200,00	€
7.	Zinsen	0,02	€
8.	Erbschaften / Vermächnisse	54.965,80	€
9.	Jahresversammlung	7.208,12	€
10.	Sonstige Einnahmen	11.266,60	€
Summe A		1.280.007,29	€
B. Ausgaben			
1.	GUS	5.782,87	€
2.	Baltikum	35.315,02	€
3.	Rumänien	68.267,49	€
4.	Sonstiges Ost- und Südosteuropa	22.962,93	€
5.	Lateinamerika	30.781,39	€
6.	Afrika	13.756,58	€
7.	Asien	17.533,60	€
8.	Verfolgte Christen	34.573,72	
9.	Naher Osten	254.749,91	€
10.	Allgemeine Menschenrechtsarbeit	233.884,47	€
11.	Allgemeine Verwaltungskosten	210.829,30	€
12.	Publikationen	0,00	€
13.	Internationale Projektarbeit	123.213,47	€
14.	BFD-Aufwand	27.625,34	€
15.	Sonstiger Aufwand	39.680,58	€
16.	Jahresversammlung	40.646,18	€
17.	Afa	1.277,15	€
17.	Kosten des Geldverkehrs	2.183,61	€
Summe B		1.160.063,61	€
Überschuss		119.943,68	€
Gesamtsumme		1.280.007,29	€

Bescheinigung des Prüfers

Wir haben die Jahresrechnung - bestehend aus Einnahmen- / Ausgaben-Rechnung sowie Vermögensrechnung - unter Zugrundelegung der Buchführung des Vereins „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V.“, Frankfurt / Main, für das Geschäftsjahr vom 1.1. bis 31.12.2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch IDW RS HFA 14.

Frankfurt am Main, 14. März 2018

W + ST Wirtschaftsprüfung GmbH

K.-R. Weisgerber
vereidigter Buchprüfer

F. Waldmann
Wirtschaftsprüfer